

# 30 Jahre Bundesrepublik – Lehren und Perspektiven



Studienmaterial für das 3. Thema  
im Bildungsjahr der DKP 1978/79

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM



## Weiterführende Literatur zum Thema:

1. **Bericht des Parteivorstandes der DKP an den Mannheimer Parteitag**  
Berichtersteller: Herbert Mies
2. **Programm der DKP**
3. Max Reimann: **Entscheidungen 1945–1956**
4. Herbert Mies / Hermann Gautier:  
„**Wir Kommunisten und das Grundgesetz**“
5. Max Schäfer (Herausgeber): **10 Jahre DKP**
6. Max Schäfer: „**Wer herrscht in der Bundesrepublik?**“

**Bestellungen über den Buchhandel oder direkt beim Verlag**



**Verlag Marxistische Blätter GmbH**  
Hedderheimer Landstraße 78a  
6000 Frankfurt am Main 50

## Seminarfragen:

1. Worin zeigt sich in den 30 Jahren Bundesrepublik, daß die Herrschaft des Großkapitals der Krebschaden in unserem Land war und ist?
2. Welchen Einfluß hatten die großen demokratischen und sozialen Bewegungen in unserem Land in den vergangenen 30 Jahren und welche Lehren vermitteln sie?
3. Worin besteht der Inhalt nationaler Politik in der Bundesrepublik heute?  
Wie soll die Bundesrepublik aussehen, um die wir kämpfen?

## 30 Jahre Bundesrepublik – Lehren und Perspektiven

1 /

Die Bundesrepublik Deutschland – das Land, in dem die DKP lebt und kämpft – wird 30 Jahre alt. Am 8. Mai 1949, vier Jahre nach Kriegsende, wurden die Beratungen des Parlamentarischen Rates abgeschlossen und das Grundgesetz angenommen, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Am 14. August 1949 wurde der erste Bundestag gewählt. Mit seinem Zusammentritt am 7. September und der Bildung der Adenauer-Regierung war die Konstituierung der Bundesrepublik abgeschlossen. Um ihre Macht zu erhalten, hatten die Monopole, die Schuldigen an Faschismus und Krieg, die Spaltung Deutschlands vorangetrieben, weil sie es vorzogen, das halbe Deutschland ganz zu besitzen als das ganze halb.

Im anderen Teil Deutschlands, der damaligen sowjetischen Besatzungszone, waren nach 1945 entschlossen die Lehren aus Krieg und Faschismus gezogen worden. Die einheitlich handelnde Arbeiterklasse hatte die Führung der Gesellschaft übernommen. Eine neue, antifaschistische Verwaltung war geschaffen worden. Die ökonomische Macht der Junker und der Monopole war gebrochen durch Bodenreform und Enteignung der Kriegsverbrecher, wie es dem Willen der aktivsten antifaschistischen Kräfte Deutschlands ebenso wie den Vereinbarungen der Antihitlerkoalition im Abkommen von Potsdam entsprach. Der Sicherung dieser Errungenschaften, zugleich der Verhinderung der Möglichkeit, daß der deutsche Imperialismus von deutschem Boden aus einen neuen Aggressionskrieg beginnen könne, diente die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden – am 7. Oktober 1949.

*„Der Prozeß der Auseinandersetzung zwischen Reaktion und Fortschritt führte zur Entwicklung zweier selbständiger, voneinander unabhängiger und allgemein völkerrechtlich anerkannter deutscher Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Im Gefolge der Restauration der Macht des Monopolkapitals entstand die Bundesrepublik Deutschland. Im Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Revolution entstand und entwickelte sich die Deutsche Demokratische Republik, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat der deutschen Geschichte.“*

*(Aus dem „Programm der Deutschen Kommunistischen Partei“)*

In diesem Bildungsheft wollen wir uns mit der Geschichte unseres Landes, mit drei Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland beschäftigen und Lehren vermitteln, die helfen sollen, die Perspektive der Entwicklung unseres Landes zu erkennen. Mit den Erfahrungen aus dreißig Jahren erfolgreicher Entwicklung des Sozialismus in der DDR wird sich ein späteres Bildungsthema beschäftigen.

### **I. Von der Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse zum Führungsanspruch des BRD-Imperialismus in Westeuropa**

*„Die Geschichte der Bundesrepublik ist vor allem die Geschichte der Wiederherstellung und des Ausbaus der großkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse. Sie ist die Geschichte des fortgesetzten*

## Restauration im Schutz der Besat- zungsmächte

## Produkt des kalten Krieges

*nationalen Verrats des Großkapitals.“  
(Herbert Mies: Bericht an den Mannheimer Parteitag)*

Nach der völligen Niederlage des Hitler-Faschismus im 2. Weltkrieg, der Zerschlagung seines Machtapparates galt die Hauptsorge des deutschen Großkapitals der Erhaltung seiner ökonomischen Macht. Ange- sichts der Stärke der antifaschistischen Kräfte und der Volksstim- mung, die eine Enteignung der Kriegsschuldigen verlangte (siehe Volksabstimmung in Sachsen und Hessen 1946, Entscheidungen der Landtage, Programme von KPD und SPD sowie des Ahlener Pro- gramms der CDU), sah das deutsche Großkapital damals seine größte Chance zum Überleben in der Unterordnung unter die imperialisti- schen Besatzungsmächte. Damals verkündete Adenauer, das deutsche Volk sei für mindestens 50 Jahre unfähig, sich selbst zu regieren. Mit dem Manöver der „Entflechtung“ der Konzerne, mit der Zustimmung zum Marshall-Plan und selbst mit punktuell durchgeführten Demon- tagen wurde der Zugang amerikanischen Kapitals in westdeutschen Unternehmen gefördert, weil das zum besten Schutz gegen Enteig- nungsbeschlüsse der demokratischen, antifaschistischen Kräfte wurde. So setzten denn auch die Besatzungsbehörden der USA, Englands und Frankreichs alle Landtagsbeschlüsse und Verfassungsbestim- mungen, in denen die Enteignung von Monopolen und Junkern festge- legt wurde, außer Kraft und verhinderten ihre Verwirklichung. Die CDU konnte solchen Gesetzen sogar zustimmen, konnte im Ahlener Programm sich antikapitalistisch gebärden, weil sie sicher war, daß die Besatzungsmächte das Großkapital schützten. Zugleich verhinderte der Antikommunismus der SPD-Führung die Aktionseinheit der Ar- beiterklasse, die allein die Gewähr dafür geben konnte, antimonopoli- stische Politik auch durchzusetzen.

Als Ende 1946/Anfang 1947 die USA und ihre Verbündeten immer of- fener die gemeinsame Position der Antihitlerkoalition verließen und sie durch den kalten Krieg ersetzten, wurden auch die reaktionären Kräfte unseres Landes wieder mutiger. Die Kommunisten wurden aus den Landesregierungen entfernt, ihre Presse immer wieder unterdrückt, Antifaschisten in den Verwaltungen durch die Wiedereinsetzung der alten Nazibeamten verdrängt. Schritt für Schritt erlangten auch die Monopolherren, die sich in den ersten Monaten des schweren Neube- ginnns gerne zurückgehalten hatten, wieder ihren bestimmenden Ein- fluß in der Wirtschaft. Noch machten sie Zugeständnisse und sprachen von Mitbestimmung; das Hauptziel dabei war jedoch die Beruhigung der Massen und die volle Zurückerlangung der Verfügungsgewalt über ihre Wirtschaftsimperien.

Immer offener wurden schließlich alle Vorschläge der UdSSR, der Par- teien und Organisationen der sowjetischen Besatzungszone, aber auch großer Volksbewegungen in der Bundesrepublik nach konkreten Schritten zur Schaffung eines einheitlichen, antifaschistischen und demokratischen Deutschlands abgelehnt und aktiv bekämpft. Sepa- rate Währungsreform und Wirtschaftsblockade gegen die sowjetische Besatzungszone spalteten die wirtschaftliche Einheit, das Ruhrgebiet wurde einer internationalen Verwaltung unterstellt. Mit der Bildung der Bi- und Trizone, d. h. der Schaffung einer gemeinsamen Verwal- tung für die amerikanische, britische und französische Zone, wurde der Aufbau eines neuen, vom Großkapital beherrschten Staatsapparates eingeleitet. Unter Bruch des Potsdamer Abkommens beauftragten die

Besatzungsmächte schließlich die Landtage der Westzonen, Abgeordnete zu einem Parlamentarischen Rat zu bestimmen mit dem Auftrag, eine Verfassung der Westzonen auszuarbeiten.

*„Das deutsche Großkapital hat sich nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus mit dem USA-Imperialismus verbündet. Es hat aus seinen Klasseninteressen heraus, zur Sicherung seiner Macht und seiner Profite, eine antifaschistisch-demokratische Erneuerung in den Westzonen verhindert. Es hat Deutschland gespalten und die Bundesrepublik als Stoßkeil und Barriere gegen den Sozialismus begründet.“*

*(Herbert Mies: Bericht an den Mannheimer Parteitag)*

Die Bildung der Bundesrepublik im Gefolge des kalten Krieges war eine zutiefst antinationale Politik. Es war die bewußte Preisgabe der nationalstaatlichen Einheit Deutschlands, um die Macht der großen Monopole zu retten. Es diente der Wiederherstellung der politischen Macht der Kräfte, die Deutschland in diesem Jahrhundert zum Ausgangspunkt zweier imperialistischer Kriege um die Neuverteilung der Welt, um die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus gemacht hatten. 60 Millionen Menschen, davon mehr als acht Millionen Deutsche, hätten diese beiden Kriege mit ihrem Leben bezahlt. Jede wirklich nationale Politik mußte darauf gerichtet sein, die Macht des deutschen Großkapitals und damit sein Aggressionsstreben für immer zu vernichten. Die Restauration dieser Macht bedeutete nicht nur Spaltung, sondern erneute Kriegsgefahr.

So war es gesetzmäßig und voraussehbar, daß nach Wiederherstellung der Macht der Monopole und der Entstehung der BRD ihr nächstes Ziel die Rückerlangung militärischer Macht war. Als Juniorpartner der USA hoffte der Imperialismus der BRD, mit Hilfe militärischer Stärke zumindest seine ersten Revancheziele verwirklichen zu können: Den Anschluß der DDR und die Rückeroberung der im 2. Weltkrieg verlorenen Ostgebiete. Nach den Bundestagswahlen 1953 verlangte Adenauer, Schluß zu machen mit dem Gerede von Wiedervereinigung, es gehe „um die Befreiung der Ostzone“. Militärische Stärke sollte die Möglichkeit schaffen, die Sowjetunion zu erpressen und eine Konterrevolution in der DDR zu ermöglichen. Die Pläne der Remilitarisierung stießen im deutschen Volk wie bei den leidgeprüften Völkern Europas auf stärksten Widerstand. So wurde Adenauers Zeitplan durchkreuzt. Zugleich jedoch gelang es auch nicht, den Weg zu einem Friedensvertrag mit Deutschland freizukämpfen. Nach Überwindung vieler Widerstände konnte Adenauer schließlich mit dem Eintritt der BRD in die NATO 1955 und dem Wehrpflichtgesetz die Remilitarisierung verwirklichen.

Doch inzwischen hatte sich das internationale Kräfteverhältnis bereits erheblich zugunsten des Sozialismus verändert. Das Atomwaffenmonopol der USA war gebrochen, der Versuch, den Sozialismus in Korea durch Krieg zurückzurollen, war gescheitert. Neue Verhandlungsrunden zwischen den Weltmächten kündigten sich an, wenn sie auch zunächst keine großen Ergebnisse brachten.

Der Imperialismus der BRD zog daraus allerdings nicht die Schlußfolgerung, auf seine Revanchepläne zu verzichten. Er setzte statt dessen auf die Karte beschleunigter Rüstung. Die atomare Rüstung der Bundeswehr wurde zum nächsten Ziel erklärt. Strauß, damals der für Rüstung

## Antinationale Revanchepolitik

## Erstes Ziel: Remilitarisierung!

## Griff nach Atomwaffen



## KPD-Verbot und Notstandsgesetze

stung zuständige Minister, wollte mit modernen atomaren Waffen erreichen, daß Moskau erneut im Zielbereich deutscher Waffen liegt. Sein Ziel, die Luftwaffe unbedingt mit Atomwaffenträgern auszurüsten, bezahlten inzwischen Dutzende Starfighter-Piloten bereits im Frieden mit ihrem Leben. (Die Steuerzahler zahlen ihren Nachkommen die Rente, während Strauß und seine CSU mit Unschuldsmiene beteuern, als einzige in der Welt vom US-Rüstungskonzern Lockheed, dem Hersteller der fliegenden Särge, keine Schmiergelder bekommen zu haben.) Die Bundeswehr erhielt Atomwaffenträger in großer Zahl, doch der internationale Kampf der Atomwaffengegner verhinderte, daß die Bundeswehr selbst über den Einsatz von Atomwaffen entscheidet. Mit Durchsetzung des Atomwaffensperrvertrages wurde den Revanchekriegsplänen, der Politik der Stärke ein wichtiges Hindernis in den Weg gelegt.

Revanchepolitik nach außen war nur möglich bei Abbau demokratischer Rechte nach innen. Zu groß waren die Erfahrungen mit den Folgen der imperialistischen Kriege bei den Volksmassen. Viele ließen sich zwar durch Antikommunismus verwirren, doch der Friedenswille blieb ein ernsthaftes Hindernis für die Adenauer-Konzeption. Deshalb war die Remilitarisierung verbunden mit scharfen antidemokratischen Maßnahmen. Das Blitzgesetz verfügte scharfe Strafen und eine politische Sonderjustiz gegen Remilitarisierungsgegner. Per Regierungsverordnung wurde Berufsverbot im öffentlichen Dienst gegen die Mitglieder der KPD und Dutzender anderer Demokratischer Organisationen verhängt. Antifaschisten flogen heraus, alte Nazis besetzten wieder ihre Amtsstuben. Naziblutrichter fällten erneut Urteile über Antifaschisten. Die Volksbefragung gegen Remilitarisierung, für einen Friedensvertrag wurde unterdrückt, die FDJ und danach eine ganze Reihe anderer fortschrittlicher Organisationen wurden verboten. Parallel mit der Ankündigung der Remilitarisierung stellte die Bundesregierung 1951 den Antrag an das Bundesverfassungsgericht, die KPD – die Partei, die sich im Kampf gegen den Faschismus die größte demokratische Legitimation erworben hatte – erneut zu verbieten. 1956, gleichzeitig mit der Verkündung der Wehrpflicht, erfolgte das Verbot der KPD. Die aktivste Kraft gegen die Revanchepläne des Imperialismus sollte damit ausgeschaltet werden.

Um die atomaren Pläne durchzusetzen, um die Bundeswehr im erhofften Ernstfall einsetzen zu können, brauchte man mehr als nur das KPD-Verbot. 1959 wurde der erste Entwurf der Notstandsgesetze vorgelegt, mit deren Hilfe nach dem Vorbild Hindenburgscher Notverordnungen demokratische Grundrechte beseitigt, die Militarisierung des gesamten Lebens durchgesetzt werden sollte. Ihre Annahme, nach mancher im Kampf erreichten Abschwächung, gelang erst 1968, mit Hilfe der SPD, nach deren Eintritt in die Große Koalition.

## Alleinvertretungs- anmaßung

Die „Politik der Stärke“ – die Konzeption Adenauers und seiner Gefolgsleute – war verbunden mit der Anmaßung, die Bundesrepublik sei rechtmäßiger Sprecher aller Deutschen, nur sie könne Deutschland völkerrechtlich vertreten. Diese Konzeption enthielt den Anspruch, wann immer sich die Gelegenheit bieten würde, die DDR gewaltsam der BRD anzuschließen, sozusagen in einer Art Polizeiaktion, als innere Angelegenheit der BRD.

Diese Konzeption war von Anfang an abenteuerlich, widersprach den

realen Kräfteverhältnissen im internationalen Klassenkampf. Die sozialistischen Länder anerkannten sofort die völkerrechtliche Existenz der DDR, andere Länder folgten später. Die DDR ist fester Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft, eng und freundschaftlich mit der Sowjetunion und den anderen Bruderländern verbunden. Am 13. August 1961, bei der Sicherung der Staatsgrenze der DDR gegenüber Westberlin und der BRD, zeigte sich die Einmütigkeit bei der Verteidigung der Unabhängigkeit der DDR gegen jede imperialistische Einmischung. Die Adenauer-Politik war gescheitert. Allerdings dauerte es noch zehn Jahre, und die CDU mußte erst aus der Regierungsverantwortung verschwinden, bevor realistischere Kräfte des Imperialismus der Bundesrepublik bereit waren, die Existenz der beiden deutschen Staaten, die Unverletzlichkeit der Nachkriegsgrenzen und die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anzuerkennen.

Bereits zu Anfang der sechziger Jahre war sichtbar, daß die Adenauer-Konzeption, die Politik der Stärke, gescheitert war. Die Bundesrepublik drohte in die außenpolitische Isolierung zu geraten. Der Sputnikstart, der Sieg der kubanischen Revolution, die Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen, das weitere sichtbare Erstarken des Sozialismus und der Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts, zeigten den Beginn einer neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Doch zunächst weigerten sich alle im Bundestag vertretenen Parteien, die neuen Fakten der Weltpolitik zur Kenntnis zu nehmen. Die SPD versöhnte sich 1959 im Godesberger Programm auch offiziell mit dem kapitalistischen System, schwenkte Anfang der sechziger Jahre offen auf eine gemeinsame Außenpolitik mit der CDU ein, trat schließlich 1966 in eine CDU-geführte Regierung unter dem Altnazi Kiesinger ein, um die Notstandsgesetze und andere Teile der Konzeption des kalten Krieges zu retten. Noch 1967 verkündete die SPD auf ihrem Parteitag: Wir werden niemals die DDR anerkennen, wir werden niemals die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Doch mit dieser Politik war kein Staat mehr zu machen. Der Wind blies energisch ins Gesicht der kalten Krieger. Brandt und Schmidt erklärten später, es habe erst der Erfahrung der Niederlagen konterrevolutionärer Versuche, wie z.B. des 13. August 1961 in Berlin und der ČSSR 1968 bedurft, um zu erkennen, daß man in der Außenpolitik umdenken müsse.

Nach dem Ende der Großen Koalition begann die Regierung Brandt/Scheel in den frühen siebziger Jahren, die Außenpolitik der BRD zu korrigieren. Verträge mit der Sowjetunion, der DDR, Polen und der ČSSR und die Vereinbarungen von Helsinki wurden möglich und leiteten eine Politik der Entspannung ein. Wir Kommunisten haben diese Politik aktiv unterstützt und übersehen auch nicht den Beitrag, den SPD- und FDP-Politiker dazu leisteten. Zugleich jedoch gilt es zu erkennen, daß die Korrekturen in der Außenpolitik der BRD erzwungen wurden gegen den Widerstand des deutschen Großkapitals, gegen seine erklärte Zielstellung seit der Gründung der Bundesrepublik. Und ebenso deutlich muß gesagt werden, daß die Führung der SPD und FDP bis 1969 mit der CDU/CSU gemeinsam die Politik der Alleinvertretung, des kalten Krieges, der Ablehnung der Nachkriegsgrenzen vertreten haben. Wenn sie den Verträgen von Moskau, Warschau, Berlin und den Abkommen von Helsinki zustimmten, dann deshalb, weil die Erfolge des Sozialismus und der antiimperialistischen

### Adenauers Konzeption gescheitert

### Wer erzwang die Korrektur?

## Faktoren der wirtschaftlichen Stärke

## Vormachtstreben des BRD-Imperialismus

Kräfte sie dazu zwangen. Die Bewegung auch in unserem Land für Frieden und Abrüstung leistete dazu einen wesentlichen Beitrag. Das heißt auch, daß die weitere Zukunft der Entspannungspolitik nicht im Selbstlauf gesichert wird, sondern nur durch den Kampf und die Wachsamkeit der Völker.

*„Auch jene Vertreter des Imperialismus der Bundesrepublik, die sich zur Anerkennung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bereithalten mußten, haben allerdings ihre antisozialistische Zielsetzung nicht aufgegeben. Auch zu ihrer Politik gehören ideologische Diversion gegen die sozialistischen Länder und das Anheizen der Rüstung. Das nutzt objektiv den aggressivsten Kreisen des Imperialismus, die nach wie vor an der Politik der Stärke und des Revanchismus festhalten.“*

*(Aus dem Programm der Deutschen Kommunistischen Partei)*

Die geographische Lage der Bundesrepublik an der Grenze der beiden Weltsysteme, als Bollwerk des Weltimperialismus gegen den Sozialismus, die wesentlich günstigeren wirtschaftlichen Ausgangspositionen gegenüber der DDR, der große Nachholbedarf der Bevölkerung nach der Verelendung des Krieges, die rasche Wiedereroberung internationaler Märkte zu einer Zeit, als die imperialistischen Konkurrenten mit Aggressionen gegen andere Völker und Kolonialkriegen beschäftigt waren, nicht zuletzt Fleiß und Ausbildungsstand der arbeitenden Menschen unseres Landes waren die Voraussetzung dafür, daß der Imperialismus der Bundesrepublik eine große wirtschaftliche Stärke erlangte, seine Kriegsgegner und Konkurrenten in Europa überrundete. Die Bundesrepublik ist die wirtschaftlich und militärisch stärkste Macht im kapitalistischen Europa.

Es waren jene besonderen Faktoren, die einen lang anhaltenden und im Vergleich zu den kapitalistischen Nachbarländern erfolgreicherem Wirtschaftsaufstieg ermöglichten, obwohl das Territorium, über das der westdeutsche Imperialismus herrscht, im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich kleiner ist. Der Widerspruch zwischen politischem Machtbereich und ökonomischer Stärke ist größer als je zuvor.

Doch die Bedeutung der zeitweiligen Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik wird in unserer Zeit zunehmend schwächer. Die allgemeine Krise des Kapitalismus erfaßt auch unser Land in voller Stärke. Wirtschaftskrisen und ihre Folgen werden spürbar, die politische Labilität wächst, der internationale Konkurrenzkampf wird stärker, die sozialen Auseinandersetzungen schärfer, weil der Spielraum für soziale Zugeständnisse – bei Aufrechterhaltung von Hochrüstung und Kampf um Vormachtstellung auf den Weltmärkten – enger wird.

Der Imperialismus der Bundesrepublik versucht heute, seine relative Stärke gegenüber seinen Konkurrenten zu nutzen, um seine Hegemonie in Westeuropa auszubauen. Er mischt sich in innere Angelegenheiten westeuropäischer Länder ein, versucht die Bundesrepublik als ein „Modell“ für andere Länder zu propagieren. Doch auch diese Bemühungen stoßen auf harten Widerstand.

Längst ist der BRD-Imperialismus auch aus der Rolle des Juniorpart-



ners der USA herausgewachsen, vertritt er in der Konkurrenz mit ihm eigenständige Ziele, die auch ernststen Konfliktstoff enthalten. Zugleich jedoch bleibt die einseitige militärische und außenpolitische Bindung an den USA-Imperialismus sehr stark. „Die nationalen Interessen der Bundesrepublik erfordern, daß sich unser Land aus der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und imperialistischen Blockorganisationen löst“, heißt es deshalb in unserem Programm.

Aktiv mischt sich der Imperialismus der Bundesrepublik auch in die Angelegenheiten der Entwicklungsländer ein. Überall wo es gilt, Märkte zu erobern, Rohstoffquellen zu beherrschen und zu diesem Zweck reaktionärste Regime gegen den Willen der Völker zu stützen, ist das Großkapital der Bundesrepublik und auch die offizielle Außenpolitik zu finden. Dieser Neokolonialismus bringt die Bundesrepublik in einen zunehmenden Gegensatz zu den Völkern der jungen Nationalstaaten.

*„Die wachsende Macht und Ausstrahlungskraft des realen Sozialismus, die unter dem Einfluß der internationalen kapitalistischen Krise zunehmenden innerimperialistischen Gegensätze sowie die progressiven Entwicklungstendenzen in vielen jungen Nationalstaaten – das sind entscheidende äußere Faktoren, denen der BRD-Imperialismus sich heute gegenübersteht. Sie wirken immer stärker auch auf die inneren Entwicklungen in seinem Herrschaftsbereich ein.“*

*(Aus dem „Programm der Deutschen Kommunistischen Partei“)*

## II. Drei Jahrzehnte großer Kämpfe um Frieden, Entspannung, um soziale und demokratische Rechte

*„Die Geschichte der Bundesrepublik ist aber nicht nur reaktionäre Entwicklung, sondern zugleich geprägt durch große soziale Kämpfe und demokratische Bewegungen, in denen die Arbeiterklasse und andere Volksschichten ihren Forderungen Gehör verschafften und dem Monopolkapital die Grenzen seiner Macht zeigten.“*

*(Herbert Mies: Bericht an den Mannheimer Parteitag)*

In der Tat ist die Geschichte der Bundesrepublik von ihrer Entstehung an auch die Geschichte großer Aktionen der Volksmassen, die nicht ohne Einfluß auf das Aussehen der Bundesrepublik blieben.

Mächtig war die Bewegung nach der Befreiung vom Faschismus, ein einheitliches, antifaschistisch-demokratisches Deutschland zu schaffen, die Naziverbrecher und Kriegsschuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Wenn in unserer Zeit antifaschistisches Bewußtsein sich immer wieder als eine starke Kraft erweist, zu großen Aktionen unterschiedliche Gruppen und Schichten zusammenführt, dann wurden dafür im antifaschistischen Widerstand und im Ringen um ein neues Deutschland nach 1945 die Grundlagen gelegt. Kommunisten wirkten für eine echte Entnazifizierung und die Enteignung der Kriegsverbrecher, sie standen und stehen in der ersten Reihe derer, die der NPD und anderen Neonazis in mächtigen Aktionen den Weg versperren.

Kommunisten wirkten aktiv – zusammen mit vielen anderen Demokraten und Patrioten – gegen die vom Großkapital betriebene Spaltungs-

## Für antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes

## Verteidiger nationaler Interessen

politik. In der Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden – vor der Verabschiedung des Grundgesetzes –, in der Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag und in vielen anderen Aktionen rangen sie um die Erhaltung der nationalen Einheit, die nur möglich war, wenn die Verderber der Nation, das landesverräterische Großkapital, von der Macht entfernt wurde.

Die Kommunisten lehnten im Parlamentarischen Rat durch ihre Abgeordneten Reimann und Renner die Unterzeichnung des Grundgesetzes als Dokument deutscher Spaltung ab. Sie unterstrichen damit die alleinige Verantwortung des Großkapitals und der mit ihm verbundenen Parteien für die Zerschlagung der nationalen Einheit.

Zugleich jedoch wirkten die Kommunisten aktiv mit, um im Grundgesetz und in den Landesverfassungen möglichst große demokratische und soziale Rechte für das werktätige Volk zu verankern, um möglichst viel der antifaschistischen Gedanken, die in den Massen des Volkes Rückhalt hatten, zu einem Verfassungsauftrag auch in der Bundesrepublik zu machen. Max Reimann wies gerade auf diese Seite der Tätigkeit der Kommunisten und auf die dabei erreichten Ergebnisse hin, als er am Ende der Beratungen des Parlamentarischen Rates erklärte, die Zeit sei nicht fern, wo die Kommunisten eben diesen demokratischen, antifaschistischen Gehalt des Grundgesetzes auch gegen seine Väter verteidigen würden.

Verbot der Aussperrung, Gleichberechtigung der Geschlechter, Verbot der Benachteiligung aus religiösen, rassischen, politischen oder weltanschaulichen Gründen, Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften – viele dieser Forderungen, um deren Verwirklichung wir heute in unserem Land kämpfen, wurden im Grundgesetz oder in Landesverfassungen aufgenommen, weil Kommunisten und andere Demokraten dafür kämpften, weil mächtige außerparlamentarische Aktionen die Väter der Verfassung zwangen, darauf Rücksicht zu nehmen. Keines der Grundrechte, keine demokratische oder soziale Errungenschaft unseres Volkes wurde den Werktätigen geschenkt, alles mußte in hartem Ringen erworben werden.

*„Die DKP teilt den Stolz der arbeitenden Menschen unseres Landes auf ihre großen Aufbauleistungen, auf die sozialen und demokratischen Errungenschaften, die sie gegen die Reaktion erstritten haben. Die DKP wirkt auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Sie bekennt sich zu seinen demokratischen Prinzipien. Sie verteidigt es entschieden gegen alle Anschläge der Reaktion. Entsprechend seinem Auftrag wirkt sie aktiv bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“*

*(Aus dem „Programm der Deutschen Kommunistischen Partei“)*

Nicht nur im Ringen um die Erhaltung der nationalen Einheit gegen die Spaltungspolitik des Großkapitals, auch in vielen Einzelaktionen standen die Kommunisten in vorderster Front bei der Verteidigung nationaler Interessen durch die Aktivität des Volkes. Zusammen mit den Belegschaften betroffener Betriebe verteidigten sie Arbeitsplätze gegen unsinnige Demontage von Betrieben lange nach Ende des Krieges. Kommunisten gehörten zusammen mit anderen jungen Patrioten zu denen, die immer wieder die Insel Helgoland besetzten, die nach dem Krieg Bombenübungsgebiet der britischen Luftwaffe war und schließ-

lich – gegen den Willen Adenauers, dem die Zustimmung Englands zur Remilitarisierung wichtiger war als Helgoland – auch die Freigabe erzwangen. Die KPD war lange Zeit die einzige Partei an der Saar, die für den Verbleib des Saarlandes bei Deutschland eintrat. Kommunisten und FDJler, zusammen mit anderen Friedenskräften, bekämpften die Anlegung von Sprengkammern in Straßen und Brücken, demonstrieren gegen den Plan, die Loreley zur Sprengung vorzubereiten, um das Oberrheintal im Falle eines Krieges zu überschwemmen. Kommunisten warnten im Bundestag vor der ständigen Vertiefung der Spaltung, z.B. als 1951 mit dem Blitzgesetz die Adenauer-Regierung die Zusammenarbeit mit der DDR zum Landesverrat erklärte.

Trotz wütendem Antikommunismus stellten sich auch auf dem Höhepunkt des kalten Krieges, Anfang der fünfziger Jahre, breite Kräfte unseres Volkes der Remilitarisierung und dem damit verbundenen Abbau demokratischer Rechte entgegen. Fünf Jahre lang dauerte es von der offenen Verkündung der Absicht der Aufstellung westdeutscher Divisionen bis zu ihrer Verwirklichung. Zum Kampf gegen die Remilitarisierung trug der Widerstand in unserem Land ebenso bei wie der anderer Völker. Trotz Verbot beteiligten sich neun Millionen Bürger der Bundesrepublik an einer mit vielfältigen Methoden durchgeführten Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung. Harte Urteile gegen die Mitglieder des Hauptausschusses für die Durchführung der Volksbefragung und zahlreiche Helfer führten dazu, daß andererseits wachsende Kreise die Gefahr für Demokratie und Frieden erkannten und sich in den Widerstand einreiheten. 1955 führte die Paulskirchen-Bewegung alle Gegner der Remilitarisierung zu einer großen Aktion zusammen gegen den NATO-Beitritt und die Wehrpflicht. Zu den Teilnehmern gehörten die führenden Kräfte der SPD und des DGB. Dennoch ermöglichte schließlich die SPD-Fraktion gegen den Willen der mobilisierten Massen die notwendigen Verfassungsänderungen.

Eben gegen diese demokratische Aktivität der Massen richteten sich die Angriffe der Adenauer-Regierung auf demokratische Grundrechte, die zugleich dem Ansehen der Bundesrepublik in der Welt großen Schaden zufügten. Verbotsantrag gegen die KPD, Verbot der FDJ, des Ausschusses für Volksbefragung, des DFD und vieler anderer demokratischer Organisationen, Säuberung der Verwaltungen von Antifaschisten, Blitzgesetz mit politischem Sonderstrafrecht, all das stieß auch auf den energischen Widerstand.

Viele Kollegen, die keineswegs die Meinung der Kommunisten teilten, erkannten doch trotz Antikommunismus den Zusammenhang zwischen KPD-Verbot und Remilitarisierung und solidarisierten sich mit den Kommunisten. Selbst dem Bundesverfassungsgericht war der KPD-Prozeß ungelegen angesichts der Bewegung im In- und Ausland. Fünf Jahre lang dauerte es von der Antragstellung der Bundesregierung bis zur Urteilsverkündung. Nicht alle Richter stimmten für das Verbot, Adenauer mußte das Gericht direkt unter Druck setzen, um das Urteil rechtzeitig zur Wehrpflicht verkünden zu können. Ebenso gab es viele Aktionen der Solidarität mit der schon 1951 verbotenen FDJ, die trotz vieler Verfolgungen und harter Urteile ihre Arbeit fortsetzte und dabei in vielen anderen demokratischen Organisationen der Jugend Verbündete in ihrem Kampf fand. Der Kampf gegen das KPD-Verbot, für das Recht der Kommunisten auf legale politische Betätigung wurde

### Aktiv gegen die Remilitarisierung

### Verteidigung demokratischer Rechte – gegen KPD-Verbot



### Vom „Kampf dem Atomtod“ zum Ostermarsch

### Gegen die Notstandsgesetze

### Solidarität mit Vietnam

zu einem einigenden Faktor vieler demokratischer Bewegungen. Hinzu kam, daß Adenauers Spekulation, andere Länder würden seinem Beispiel folgen und ebenfalls ihre kommunistischen Parteien verbieten, nicht aufging.

Hatte die Adenauer-Regierung gehofft, mit dem Verbot der KPD den Widerstand gegen die Remilitarisierung und Revanchepolitik völlig zu brechen, so erwies sich das als Irrtum. Als die Regierung versuchte, mit dem Ziel einer rascheren Aufstellung von ausschließlich ihr – nicht der NATO – zu unterstellenden Reserveverbänden kriegserfahrene Jahrgänge zu erfassen, stieß sie beim Jahrgang 22, dem Jahrgang mit den größten Kriegsverlusten, der zudem zuerst erfaßt werden sollte, auf Massenwiderstand, an dem das ganze Projekt scheiterte.

Ebenso bildete sich eine breite Kampffront gegen die Pläne der atomaren Aufrüstung. Ausgelöst von einem Appell von 18 Göttinger Professoren – darunter den namhaftesten Physikern der Bundesrepublik – gegen atomare Bewaffnung und einem weiteren Appell von Wissenschaftlern an Parteien und Gewerkschaften entstand ein Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ unter Mitarbeit der Vorsitzenden von SPD und DGB und namhafter Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst. Die SPD-geführten Länderregierungen von Hamburg, Bremen und Hessen kündigten die Durchführung einer Volksabstimmung an, die prompt von der Bundesregierung verboten wurde, obwohl die Landesverfassungen Volksabstimmungen erlauben. Die Breite der Bewegung wurde am deutlichsten sichtbar, als in Nordbaden-Nordwürttemberg 150 000 Arbeiter gegen die Atomrüstungspläne streikten.

Als die SPD-Führung mit dem Godesberger Programm und 1960 mit den Erklärungen im Bundestag auf die Adenauer-Politik einschwenkte, verstärkte sich die außerparlamentarische Bewegung und brachte neue Formen der Massenaktionen hervor. Die breiteste davon war der Ostermarsch, der sich später zur Kampagne für Demokratie und Abrüstung erweiterte und mit der breiten Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze zusammenwirkte.

Als die Adenauer-Regierung im Wettlauf mit der Zeit, nach vollzogener Aufstellung der Bundeswehr, den Anschluß der DDR erzwingen wollte, legte sie 1959 den Entwurf für Notstandsgesetze vor. Sie waren ein sichtbarer Teil unmittelbarer Kriegsvorbereitung, sollten die innere Friedhofsruhe sichern, die das Großkapital für die Eroberungspläne nach außen benötigte. Die Notstandsgesetze mobilisierten die antifaschistischen und demokratischen Kräfte zur aktiven Abwehr. Dabei standen die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall, in der ersten Reihe. Erst die Große Koalition von CDU und SPD ermöglichte 1968 die Annahme der Verfassungsänderungen. Die großen Aktionen gegen die Notstandsgesetze hatten die Absichten nicht nur um neun Jahre verzögert, sie waren auch eine starke Kraft, die allgemein demokratisches Bewußtsein entwickelte und dazu beitrug, die Gefährdung der Demokratie in unserem Land bewußt zu machen. Nicht zufällig trat die Regierung Willy Brandts mit dem Versprechen an, „mehr Demokratie zu wagen“.

Der Kampf gegen den schmutzigen Krieg der USA gegen das Volk von Vietnam und die anderen Völker Indochinas war ein wichtiger Teil der demokratischen Bewegung der sechziger und siebziger Jahre. Für viele

unserer jungen Genossen von heute war der Ruf „Ho, Ho, Ho Tschì Minh“ die erste politische Losung, die sie aus Überzeugung vertraten, für die sie auf die Straße gingen und Solidarität übten. Solidarität mit Vietnam machte vielen die Notwendigkeit des proletarischen Internationalismus bewußt, weckte zugleich antikapitalistisches Denken und zugleich Zweifel an der Vorbildrolle der USA. Sie half auch, den positiven Wert der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft für den Befreiungskampf anderer Völker zu erkennen.

Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam, aber vor allem auch das Erkennen der Bildungsmisere, punktuell das Erkennen der Systemüberlegenheit des Sozialismus zumindest im Bildungsbereich, ein kritisches Überprüfen der Studieninhalte, das die Erkenntnis brachte, daß das Studium sich an den Erwerbsbedingungen der akademisch ausgebildeten Arbeitskräfte für das Großkapital orientierte, all das waren die Ursachen für die große Studentenbewegung, die in den sechziger Jahren begann. Sie war zwar überlagert von vielen falschen Theorien der sogenannten „neuen Linken“, doch fand ein beträchtlicher Teil der jungen Intelligenz den Weg zur Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse und ihren Platz in der revolutionären Partei, der DKP.

So waren die sechziger Jahre gekennzeichnet von einer Vielfalt außerparlamentarischer Aktionen in unserem Land. Ostermarsch, Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, Kampf für politische Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots, das ständige Anwachsen der Forderung nach Anerkennung der DDR und die Aufgabe des friedensgefährdenden Alleinvertretungsanspruchs, Massenaktionen gegen die NPD, Studentenbewegung mit zunehmend antikapitalistischer Tendenz und schließlich auch Bewegungen, die sich als Parteien konstituierten, um wählbare Alternativen zu schaffen, wie z.B. die DFU, bestimmten in immer wachsendem Maße das politische Leben mit. Zusammen mit den internationalen Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus, mit ersten Krisenerscheinungen und ihren Folgen in der Wirtschaft trugen diese Bewegungen dazu bei, ein Umdenken bei realistischen Teilen des Großkapitals und seiner politischen Vertretungen zu erreichen und auch ein langsames Abwenden der Wähler von der CDU. So entstanden die Voraussetzungen dafür, daß 1969 die CDU aus der Regierungsverantwortung verdrängt werden konnte. Es gelang, demokratische Rechte zu verbessern, z. B. das Demonstrationsrecht zu erkämpfen, eine politische Amnestie durchzusetzen. Zugleich entstanden in und mit dieser Bewegung auch die Voraussetzungen und zugleich die Notwendigkeit der Konstituierung der DKP im September 1968.

Im Rückblick erscheinen uns heute die fünfziger und sechziger Jahre oft als relativ friedlich im Hinblick auf soziale Kämpfe. Doch diese Einschätzung täuscht. Obwohl das Großkapital in dieser Zeit bestrebt war, möglichst durch Teilzugeständnisse die Zuspitzung sozialer Konflikte rechtzeitig abzufangen, um die Stabilisierung seiner politischen Macht an der Grenze zum Sozialismus nicht zu gefährden, und obwohl es aufgrund anhaltenden Wirtschaftswachstums und entsprechender Profite dazu auch über große Möglichkeiten verfügte, gab es dennoch große Kämpfe.

## Die Studentenbewegung

## Vielfalt der Aktionsformen und Bewegungen

## Jahre harter sozialer Auseinandersetzungen

## 1978 brachte neue Kampferfahrungen

## Volksmassen setzten Verträge durch

1952 gab es eine mächtige gewerkschaftliche Bewegung gegen das Betriebsverfassungsgesetz, für wirkliche Mitbestimmung. 1955 verteidigten die Stahlarbeiter ihre – wenn auch unzureichende – Mitbestimmung gegen die Angriffe des Konzernherrn Reusch mit einem 24stündigen Generalstreik. Reusch hatte die Mitbestimmung als „Erpressung“ bezeichnet, die die Gewerkschaften erreichen konnten, als die Staatsmacht noch nicht gefestigt war. Im Zuge der Remilitarisierung hofften die Montanherren, sie wieder loszuwerden, hatten sich aber im Widerstand der Arbeiter verrechnet.

1956 streikten die Metallarbeiter Schleswig-Holsteins für die – in der DDR damals bereits lange verwirklichte – Lohnfortzahlung für Arbeiter bei Krankheit in den ersten sechs Wochen. Dieser Streik führte erst nach viereinhalb Monaten zum Erfolg, der dann später durch Gesetz auf die ganze Bundesrepublik übertragen wurde.

1960 wehrten die Gewerkschaften den Versuch ab, dieses Krankenkassengesetz wieder zu verschlechtern. 1962 kam es im Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden im Lohnkampf erstmals wieder zu Massenaussperrungen durch die Unternehmer. Schließlich waren vor allem die Septemberstreiks 1969 ein Signal dafür, daß die arbeitenden Menschen unseres Landes nicht bereit waren, bei einer verstärkten Ausbeutung durch das Großkapital am Ende der Krise von 1965/66 weiter stillzuhalten. Ihr Kampf war ein wichtiges Signal der Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Bundesrepublik.

Die Arbeiterklasse auch unseres Landes verfügt also über große Kampferfahrungen und starke Gewerkschaften. Gerade die Kämpfe im Verlauf des Jahres 1978 zeigen, daß diese Kraft Erfolge erzielen kann bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen, beim Ringen um höheren Lohn und anderen sozialen und demokratischen Rechten. Die Harfenarbeiter, die Drucker und Setzer, die Metallarbeiter und die Stahlarbeiter haben bewiesen, daß sie zu kämpfen verstehen und neue Erfahrungen gesammelt haben. Dazu gehört: Man kann und muß auch in Zeiten der Krise kämpfen. Man kann und muß auch bei einer sozialdemokratisch geführten Regierung auf die eigene Kraft vertrauen.

Der Übergang der Regierungsverantwortung an die SPD/FDP erweckte in unserem Land große Erwartungen auf Reformen. Willy Brandt versprach, mehr Demokratie zu wagen. In der Außenpolitik vollzogen sich bedeutsame Veränderungen durch den Abschluß der Verträge mit der UdSSR, mit Polen, der CSSR und der DDR. Sie entsprachen weitgehend den Erwartungen der Volksmassen. Im sozialen und im Bildungsbereich gab es weniger klare, meist nur zaghafte und halbherzige Reformen.

Auch in dieser Situation waren es die Aktionen der Volksmassen, die die wichtigsten Veränderungen ermöglichten. Als 1972 die CDU/CSU versuchte, die Regierung Brandt zu stürzen, um die Ratifizierung des Moskauer Vertrages, die Anerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen zu verhindern, da war es vor allem die Kampfbereitschaft der Massen, die diesen Versuch scheitern ließ und bei den vorgezogenen Wahlen der Regierungskoalition ein Vertrauensvotum sicherte.



*„In diesen Kämpfen und Bewegungen sind die Kräfte sichtbar geworden, die – wenn sie sich formieren – instande sind, eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu erzwingen. Das sind all jene, deren Interessen unvereinbar sind mit dem Macht- und Profitstreben, mit der reaktionären Politik des Großkapitals. Das sind die Arbeiter und Angestellten, Beamten, Techniker und Wissenschaftler, Lehrer und Künstler, Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden. Das sind die Auszubildenden, die Studenten und Schüler. Das sind Kommunisten und Sozialdemokraten, Liberale, Christen und parteilose Demokraten.“*  
(Aus dem „Programm der Deutschen Kommunistischen Partei“)

Die Mitte der siebziger Jahre machte auch in unserem Land die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus sichtbar. Die Wirtschaftskrise von 1975 brachte eine bis heute nicht überwundene Massenarbeitslosigkeit. Rationalisierung und wissenschaftlich-technischer Fortschritt werden unter kapitalistischen Bedingungen zum Feind der arbeitenden Menschen. „Der Gegensatz zwischen dem arbeitenden Volk und dem Großkapital – das ist der grundlegende Widerspruch der kapitalistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik, der sich zuspitzt, der weitere tiefe Widersprüche und Konflikte hervorruft“, heißt es in unserem Programm.

Die Kampfbedingungen in der Bundesrepublik haben sich erneut verändert, weil das Großkapital immer offener einen reaktionären Ausweg aus der Krise sucht. Dieser Weg ist gekennzeichnet durch die Berufsverbote und den Abbau anderer demokratischer Rechte, durch harte Auseinandersetzungen mit den Unternehmern um Arbeitsplätze, Lohn und Mitbestimmung, durch die Fortsetzung der Hochrüstungspolitik und Angriffen auf die Entspannungspolitik und nicht zuletzt durch verschärften Antikommunismus, durch härteren ideologischen Klassenkampf.

Doch gerade 1978 zeigten sich in den Lohnkämpfen, in der Bewegung gegen die Berufsverbote, in vielen Bürgerinitiativen, in den Bewegungen gegen alte und neue Faschisten auch die Kampfbereitschaft und die Möglichkeiten erfolgreichen Kampfes. Es gilt, in jahrzehntelangem Kampf erworbene Rechte zu verteidigen und sie weiter auszubauen. Dem Versuch des Großkapitals, einen reaktionären Ausweg aus der Krise zu finden, stellen wir Kommunisten deshalb mit unserem Parteiprogramm den Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt entgegen.

### III. Was 30 Jahre Bundesrepublik lehren

Im Bericht an den Mannheimer Parteitag hat Genosse Herbert Mies die Schlußfolgerungen und Lehren aus 30 Jahren Kampf der Kommunisten in der Bundesrepublik zusammengefaßt:

„30 Jahre Bundesrepublik lehren: Der Krebschaden in unserem Land war und ist die Herrschaft des Monopolkapitals. Die Monopolherrschaft ist die Quelle sozialer Unsicherheit für die Werktätigen, der Bedrohung demokratischer Volksrechte, der ständigen Gefährdung von Frieden und Entspannung. Was unser Volk also braucht, das ist die Zu-

### Veränderte Kampfbedingungen

### Der Krebschaden: Herrschaft des Großkapitals

## Alle Rechte im Kampf errungen

## Revanchismus führt in die Sackgasse

rückdrängung der Monopolmacht. Das ist die Herbeiführung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Das ist die Überwindung des Prinzips, daß der Profit einiger großer Kapitalisten das oberste Maß aller Dinge ist. Das ist letztendlich der Sozialismus.

30 Jahre Bundesrepublik lehren: Alles, was die arbeitenden Menschen in der Vergangenheit an Verbesserungen durchgesetzt haben, ist die Frucht des eigenen Kampfes, der entscheidend begünstigt wurde und wird durch die Entwicklung des realen Sozialismus in der Welt, durch die Existenz eines sozialistischen deutschen Staates. Dem werktätigen Volk wird von der herrschenden Klasse nichts geschenkt. Durch Stillhalten kann es nichts gewinnen. Es braucht die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der demokratischen Kräfte. Es braucht starke Einheitsgewerkschaften. Es braucht eine starke kommunistische Partei. Es kann nur vorankommen, wenn es der Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ und dem Antikommunismus entgegentritt, wenn seine Interessen im Kampf gegen das Großkapital durchsetzt.

30 Jahre Bundesrepublik lehren: Jedes imperialistische Machtstreben, jede Politik der Stärke und des Revanchismus führt unweigerlich in die Sackgasse. Unser Land braucht eine Außenpolitik, die dem Frieden und der Entspannung dient, die konsequent die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung respektiert und besonders auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, vor allem zur Sowjetunion und zur DDR, gerichtet ist.“

## Erläuterungen zu einigen im Text verwandten Begriffen

**Ahlener Programm.** Wurde von der CDU der britischen Zone am 3. Februar 1947 in Ahlen beschlossen als taktische Anpassung an den Willen der antifaschistischen Kräfte. Im Ahlener Programm erklärt die CDU, daß „das kapitalistische Wirtschaftssystem... den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden“ sei. In ihm fordert die CDU die Vergesellschaftung des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie sowie die Mitbestimmung der Arbeiter. Das Programm diene ausschließlich der Irreführung der Massen, der Verhinderung fortschrittlicher Entwicklungen.

**Bizone (Trizone).** Entstand aus der Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Besatzungszone am 1. Januar 1947, denen später auch die französische Zone beitrug. Damit entstanden, im Widerspruch zu den alliierten Vereinbarungen von Potsdam, separate Verwaltungen für die Westzonen, obwohl festgelegt war, Deutschland als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu behandeln und die UdSSR die Schaffung gesamtdeutscher Zentralverwaltungen vorschlug.

**Blitzgesetz.** (Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs.) Das Gesetz erhielt seinen Namen, weil es am 11. Juli 1951 in beschleunigtem Verfahren durch den Bundestag gepeitscht wurde. Mit diesem Gesetz wurde eine neue Gesinnungsjustiz gegen Kommunisten und andere Patrioten und Demokraten geschaffen. Obwohl sich die Bundesrepublik selbst als Provisorium bezeichnete, wurde der Gummiparagraph von der „Bestandsgefährdung der Bundesrepublik“ geschaffen, nach dem Hunderte Urteile gesprochen wurden. Kontakte zur DDR wurden als

Landesverrat behandelt. Das Recht der Bundesrepublik wurde für ganz Deutschland verbindlich erklärt.

**Marshallplan.** Bezeichnung für einen im Juni 1947 vom damaligen US-Außenminister Marshall entwickelten Plan für ein „Europäisches Wiederaufbauprogramm“. Die Milliarden des Marshallplans dienten dazu, die Vorherrschaft des US-Imperialismus in Europa zu sichern und die kapitalistische Ordnung zu stabilisieren. Die Annahme von Marshallplangeldern bedeutete den Verzicht auf das Recht der Völker, ihre Wirtschaftsordnung selbst zu bestimmen. Deshalb lehnten die Kommunisten diesen Plan ab.

**Parlamentarischer Rat.** Er wurde 1948 auf Beschluß der Londoner Außenministerkonferenz der drei westlichen Besatzungsmächte eingesetzt zur Ausarbeitung einer Verfassung für die drei Westzonen Deutschlands. Seine Einsetzung bedeutete einen offenen Bruch des Potsdamer Abkommens.

Der Parlamentarische Rat bestand aus 65 Abgeordneten, die von den Landtagen delegiert wurden. Die geringe Zahl der Abgeordneten sicherte die Bevorzugung von CDU/CSU und SPD, die aus allen Landtagen Vertreter entsandten, während die KPD nur in NRW zwei Abgeordnete erhielt.

Max Reimann und Heinz Renner (zeitweilig Hugo Paul) vertraten die KPD im Parlamentarischen Rat. Sie protestierten gegen die Spaltungspolitik im Interesse des Großkapitals – versuchten jedoch zugleich durch ihre Mitarbeit ein Höchstmaß an demokratischen Rechten für das arbeitende Volk im Grundgesetz zu verankern.

**Potsdamer Abkommen.** Das Potsdamer Abkommen wurde auf der Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens (17. 7.–2. 8. 1945) als völkerrechtliche Grundlage für den Aufbau eines friedlichen und demokratischen Deutschlands beschlossen. Es sah die Erhaltung der deutschen Einheit, die Bildung des Alliierten Kontrollrats als Träger der Regierungsgewalt und die Besetzung ganz Deutschlands vor. Durch völlige Entmilitarisierung, Verbot und Zerschlagung aller faschistischen Organisationen, Entmonopolisierung und Demokratisierung sollten die Voraussetzungen geschaffen werden, damit das deutsche Volk wieder seinen Platz unter den friedliebenden Völkern einnehmen könne.

**Restauration.** Wiederherstellung eines alten, bereits überholten Zustands. Die Macht des deutschen Imperialismus war durch die Niederlage im 2. Weltkrieg gebrochen, wurde mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte wiederhergestellt. Die Restauration wurde möglich, weil durch den Antikommunismus der SPD-Führer die Arbeiterklasse der Westzonen ihre Aktionseinheit nicht aufrechterhalten konnte.

**Volksbefragung gegen die Remilitarisierung – für einen Friedensvertrag mit Deutschland.** Breite demokratische Bewegung in beiden deutschen Staaten im Jahr 1951, gegen die westdeutsche Wiederaufrüstung und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Die Volksbefragung griff Vorschläge der DDR auf, um der Spaltungs- und Revanchepolitik Adenauers eine demokratische und friedliche Alternative entgegenzustellen. Die Volksbefragung führte in der DDR zu einer Volksabstim-



mung, bei der 96 Prozent der Wahlberechtigten sich für die Frage entschieden: Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951? In der Bundesrepublik bildete sich ein Hauptausschuß für Volksbefragung aus bekannten Persönlichkeiten. Die Volksbefragung wurde verboten. Dennoch beteiligten sich Millionen daran. Wegen Verstoßes gegen das Verbot wurden 7331 Helfer verhaftet und über 1000 Verfahren durchgeführt.

**Volkskongreßbewegung.** Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ entstand 1947 in ganz Deutschland als Antwort auf die Spaltungspläne des deutschen Großkapitals und der westlichen Besatzungsmächte. Delegierte aus allen Besatzungszonen kamen zu drei Volkskongressen zusammen (6./7. 12. 1947 – 17./18. 3. 1948 – 29./30. 5. 1945 jeweils in Berlin). Der 2. Volkskongreß beschloß die Durchführung eines Volksbegehrens entsprechend der Normen der Weimarer Verfassung für die deutsche Einheit. In den Westzonen wurde die Durchführung dieses Volksbegehrens verboten, ebenso die Durchführung von Volkskongressen auf Länderebene, nachdem solche Kongresse in Schleswig-Holstein und Bremen stattgefunden hatten. In der sowjetischen Besatzungszone wurden die Delegierten des 3. Volkskongresses in allgemeinen Wahlen gewählt. Dieser Volkskongreß wählte einen Deutschen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 – unter Ausscheiden seiner westdeutschen Mitglieder – zur Provisorischen Volkskammer der DDR konstituierte und die in breiten Diskussionen erarbeitete Verfassung der DDR in Kraft setzte.

**Währungsreform.** Am 20. Juni 1948 führten die westlichen Besatzungsmächte für ihre Besatzungszonen – ohne Absprache mit der UdSSR und als offenen Bruch des Potsdamer Abkommens – eine neue Währung ein: die DM. Damit wurde die wirtschaftliche Einheit Deutschlands durchbrochen. Zugleich war sie eine Maßnahme, die die wirtschaftliche Macht des Großkapitals stärkte. Während die Massen der kleinen Leute ihr erspartes Geld verloren und nur noch 40 DM besaßen, konnten die Unternehmer ihre großen Sachwerte, einschließlich ihrer Kriegsgewinne, realisieren.

In Vorbereitung:

Erscheint 1. Quartal '79

Max Reimann

# Aus Reden und Aufsätzen 1946–1963 Band 1

Ca. 220 Seiten, Paperback

In diesem Band sind 36 Reden und Aufsätze Max Reimanns enthalten aus der Zeit von Mai 1946 bis Juni 1963. Sie stellen ein bedeutendes Dokument dar für die Geschichte der Bundesrepublik.

**Aus Max Reimanns Rede im Bundestag am 16. Dezember 1949 gegen die Remilitarisierungsabsichten Adenauers:**

*„Meine Damen und Herren!  
Die Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber einem amerikanischen Korrespondenten, in der er sich für die Remilitarisierung Westdeutschlands aussprach, hat in der westdeutschen Bevölkerung und bei allen friedliebenden Menschen auf der Welt größte Empörung ausgelöst. Noch sind keine fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerfaschismus vergangen, noch sind die Tränen der Kinder und Mütter, die ihre Väter und Söhne in diesem faschistischen Raubkrieg verloren, nicht getrocknet, noch ist kein Friedensvertrag geschlossen, noch stehen die Besatzungstruppen in Deutschland, unser Vaterland ist gespalten, die Wohnstätten liegen noch in Trümmern, und trotzdem will ein deutscher Politiker die deutsche Jugend wieder in den Soldatenrock stecken.*

*Ich frage Sie, Herr Dr. Adenauer, in wessen Interesse und in wessen Auftrag fordern Sie die Eingliederung deutscher Truppenkontingente in eine fremde Wehrmacht, die Sie als europäische bezeichnen? Mir scheint, daß die ‚Frankfurter Allgemeine Zeitung‘ vom 9. Dezember gut unterrichtet war, als sie schrieb, daß Sie, Herr Dr. Adenauer, auf den ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Besatzungsbehörde gehandelt haben.*

...



**Verlag Marxistische Blätter**

Heddernheimer Landstraße 78a  
6000 Frankfurt am Main 50



## DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei  
Parteivorstand  
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Baden-Württemberg  
Stotzstraße 10, 7000 Stuttgart 1  
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest  
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1  
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Hamburg  
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36  
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Hessen  
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main  
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Niedersachsen  
Uhlemeyerstraße 2, 3000 Hannover  
Telefon (05 11) 32 91 80

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Nordbayern  
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg  
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz  
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz  
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen  
Duisburger Straße 83, 4000 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 48 70 13-14

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen  
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen  
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Saar  
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken  
Telefon (06 81) 3 34 89

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein  
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel  
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei  
Bezirksvorstand Südbayern  
Reisingerstraße 5, 8000 München  
Telefon (089) 26 79 68